

Vorlage Nr. VI 57/2024		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Verlängerung des überplanmäßig anerkannten Bedarfs der Projektleitung Hafentunnel

A Problem

Die für den Ausbau der Cherbourger Straße / Hafenanbindung „Hafentunnel“ seinerzeit geschaffene Stelle eines Projektverantwortlichen beim Amt für Straßen- und Brückenbau wurde zuletzt befristet bis zum 31.12.2024 überplanmäßig anerkannt. Die Stelle wurde bisher vollumfänglich aus den Planungsmitteln für den Hafentunnel und somit aus Landesmitteln refinanziert. Mit der Fertigstellung des Hafentunnels Cherbourger Straße ist die Anpassung des Aufgabenbereichs um die zusätzlichen kommunalen Aufgaben und somit die Änderung der Arbeitsplatzbeschreibung mit Wirkung vom 01.02.2024 erforderlich.

Da die Projektverantwortung für die Maßnahme Hafentunnel bis zur Fertigstellung der Verwendungsnachweise und der vollständigen Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses bis voraussichtlich Mitte 2027 wahrzunehmen ist, werden die anteiligen Personalkosten weiterhin aus den Planungsmitteln für die Hafenanbindung aus Landesmitteln finanziert. Der fortzuschreibende Maßnahmen- und Finanzierungsplan wird in dem Kontext eine Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel bis voraussichtlich Mitte 2027 enthalten.

Sobald die formelle Genehmigung der Planungs-, Bauleitungs- und Projektsteuerungskosten für den Ausbau der Cherbourger Straße seitens der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung dementsprechend vorliegt, ist die formale Verlängerung des überplanmäßig anerkannten Bedarfs erforderlich.

B Lösung

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Fortführung der Projektleitung Hafenanbindung im Amt für Straßen- und Brückenbau sowie die angestrebte Änderung der Arbeitsplatzbeschreibung aufgrund der Übertragung zusätzlicher kommunaler Aufgaben zur Kenntnis und beauftragt das Fachamt, den formalen Antrag zum Stellenplan 2026/2027 zu veranlassen. Der Bau- und Umweltausschuss bittet den Personal- und Organisationsausschuss einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden könnte.

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche / Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen / Genderprüfung

Die Personalkosten werden voraussichtlich anteilig (70%) aus Landesmitteln finanziert. Der Restanteil der Personalkosten in Höhe von ca. 30% ist aus kommunalen Mitteln zu erwirtschaften.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen sowie Hinweise auf eine Gleichstellungsrelevanz sind nicht gegeben. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind von diesem Beschlussvorschlag nicht in besonderer Weise betroffen. Auf die besonderen Belange der Menschen mit Behinderung und auf die besonderen Belange des Sports wirkt sich dieser Beschlussvorschlag nicht aus.

E Beteiligung / Abstimmung

Amt 11

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Geeignet. / Es besteht eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG.

G Beschlussvorschlag

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Fortführung der Projektleitung Hafenanbindung im Amt für Straßen- und Brückenbau sowie die angestrebte Änderung der Arbeitsplatzbeschreibung aufgrund der Übertragung zusätzlicher kommunaler Aufgaben zur Kenntnis und beauftragt das Fachamt, den formalen Antrag zum Stellenplan 2026/2027 zu veranlassen. Der Bau- und Umweltausschuss bittet den Personal- und Organisationsausschuss einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

gez.
Schomaker
Stadtrat